Auer Tageblatt

Anzeiger für das Erzgebirge

Bezugspreis: Durch unsere Boten ins Haus monatlich 24.00 Mark. Bestellungen nehmen die Austräger und für Auswärtige die Postanstalten entgegen. — Erscheint werktäglich. Fernsprech-Anschluß Nr. 83. Telegramme: Tageblatt Auererzgebirge.

Enthaltend die amtlichen Bekanntmachungen des Rates der Stadt und des Amtsgerichts Aue.

Anzeigenpreis: Die siebengespaltene Petitzeile für Anzeigen aus Aue und Umgegend 8.00 Mark, auswärtige Anzeigen 6.00 Mark, Reklame-Petitzeile 18.00 Mark. Bei größeren Abschlüssen entsprechender Rabatt. Postscheck-Konto: Amt Leipzig Nr. 1998

Nr. 196 | Mittwoch, den 23. August 1922 | 17. Jahrgang

Internationale Industriellen-Konferenz.

Anläßlich der Eröffnung des internationalen Weltwirtschaftskongresses der Ueberseewoche in Hamburg ergriff unter allgemeiner Spannung Professor John Firman Coar, Kingston-Amerika, das Wort. In deutschen deutschen Worten, die von Anfang bis Ende die Zuhörerschaft mit Grauen packten, die eine Vernichtung des letzten Hoffnungsfünkchens des Wiederaufbaus war, in einer grausamen Geißelung der tatsächlichen Verhältnisse auf dem Kontinent, warf er mit logischer Strenge die letzten Rettungsanker hin. Er führte aus, daß das deutsche Volk zugrunde gehen müsse. Was er sehe, sei die Vernichtung des Volkes. Kein Volk kann leisten, was die Deutschen leisten sollen. Kein Volk kann über 6 Milliarden Arbeitsstunden im Jahr verschenken. Ein Volk kann nicht verarmen, ohne seine höchsten Güter zu verlieren. Aber das höchste Gut eines Volkes ist seine Volksenergie. So ist es in Deutschland, Europa und auch drüben in Amerika. Da hilft kein Moratorium, aber es gibt einen Ausweg. Deutschland leidet an der Schwindsucht und wie jeder Schwindsüchtige betrügt es sich selbst. Das kann nur ein Ausländer merken, allerdings muß er menschlich fühlen. Der Ausweg ist die Einberufung einer

Wirtschaftskonferenz.

Er hoffe, daß es möglich ist, daß schon in der allernächsten Zeit Einladungen zu einer solchen Konferenz ergehen können.

Einem Berichterstatter der Chemnitzer Allgemeinen Zeitung gegenüber führte Professor Coar weiter über seine Idee folgendes aus: Die lange Zeit, die ich jetzt wieder in Deutschland verbracht habe, habe ich dazu benutzt, mit den führenden deutschen Industriellen angelegentlichst über diesen meinen Plan zu sprechen. Ich bin hocherfreut, feststellen zu können, daß ich bei diesen Herren das größte Interesse gefunden habe, und daß sie mir weiterhin ihre Arbeitskräfte zur Verfügung stellten, um meine Idee in den führenden industriellen Kreisen Deutschlands zu verbreiten. Ich kann Ihnen ferner mitteilen, daß ich auch mit führenden englischen Industriellen gesprochen habe und mir von dieser Seite die Verwirklichung der Internationalen Industriellen-Konferenz, wie ich sie nennen möchte, ebenfalls in gute Aussicht gestellt worden ist. Ich fahre in den nächsten Tagen über England nach den Vereinigten Staaten zurück. In London werde ich wiederum Gelegenheit nehmen, mit den dortigen Industriellen meinen Plan ausführlich zu besprechen, und ich kann ihnen die feste Versicherung geben, daß man auch von amerikanischer Seite aus meinem Plane durchaus optimistisch gegenüber steht. Allerdings bis jetzt nur in geringem Maße, jedoch von außerordentlich führenden Leuten auch der französischen Industrie sind bereits gewisse Zusagen zu dieser Konferenz erfolgt. Weiterhin führte Professor Coar aus, daß er die Worte, die er anläßlich des Empfanges durch das Präsidium der Ueberseewoche gesprochen hatte, nämlich, daß Deutschland nach seiner festen Meinung dann nicht untergehen werde, wenn eine derartige Konferenz zustande käme, nochmals besonders betonen möchte. Es würde ihm eine Freude sein, wenn es ihm gelänge, uns Deutschen, die er schon von Jugend auf sehr hoch schätze, einen Freundschaftsdienst zu erweisen.

Es sei hier erwähnt, daß Professor Coar von amerikanischen Eltern in Berlin geboren wurde und lange Zeit eine deutsche Erziehung genossen hat. Wir geben der Hoffnung Ausdruck, daß der zweifellos bedeutungsvolle Plan des Professor Coar einer Verwirklichung entgegengehe. Es sei noch besonders hervorgehoben, daß die Worte Professor Coars dahin zu erweitern sind, daß nicht nur die rein industriellen Kreise in Betracht kommen, sondern unter „Industrie" alle Wirtschaftszweige der modernen Volkswirtschaft zu verstehen sind. Es dürfte allerdings kaum möglich und vielleicht auch nicht wünschenswert sein, die politischen und wirtschaftlichen Kreise auf einer solchen Konferenz auszuschalten. Dies entspricht auch den Ansichten hervorragender Wirtschaftspolitiker und Wirtschaftswissenschaftler, wie es auf der Uebersee-Woche zum Ausdruck kam.

Schlechter Trost für Oesterreich.

Die Reise des österreichischen Bundeskanzlers Seipel nach Prag hat dem Vertreter Deutschösterreichs nur eine Vertröstung auf den Völkerbund eingebracht. Auf die Frage, ob die Verhandlung des österreichischen Problems vor dem Völkerbund, an welchen sie bekanntlich durch die Londoner Konferenz verwiesen ist, wohl noch in letzter Stunde finanzielle Rettung ermöglichen könne oder ob schon jetzt Oesterreich andere Wege beschreiten solle, um bei einem der Nachbarstaaten Anlehnung zu suchen, hat der mit allen Wassern gewaschene tschechoslowakische Ministerpräsident Dr. Benesch in ganz unverbindlichen Redewendungen geantwortet, daß der Völkerbund nicht übergangen werden dürfe, zumal sich dort gewisse Mächte für Oesterreich einsetzen würden. Auch die Tschechoslowakei werde das tun. Aber wer die Hilflosigkeit des Völkerbundes, dieses Organs der Siegerstaaten, kennt, der weiß, wie wenig Tröstliches ein solcher Rat bedeutet. Auch Benesch wird sich trotz seiner Zusage sicherlich hüten, einseitig vor dem Völkerbund zugunsten Oesterreichs einzutreten. Man hat „in voller Offenheit und bestem Einvernehmen" in Prag über die Verhinderung einer finanziellen und wirtschaftlichen Katastrophe Oesterreichs gesprochen, aber es ist offenbar nichts dabei herausgekommen. Nun werden die Besprechungen in Berlin zwischen dem Bundeskanzler Seipel und dem Reichskanzler Dr. Wirth weiter fortgesetzt. Welches Ergebnis sie haben, läßt sich natürlich nicht voraussehen. Nur das eine ist ganz sicher, daß nämlich der Vertreter des unglücklichen Brudervolkes in Berlin wirklich auf vollstes Verständnis und äußerste Hilfsbereitschaft rechnen kann.

Der Beamtenüberfluß bei der Post.

In einem Schreiben an den Reichsfinanzminister weist der Reichspostminister Giesberts darauf hin, daß die Post nach vorläufiger Schätzung etwa über 25 000 Beamte verfüge, welche sie in ihrem Dienst nicht verwerten könne. Die Bezahlung der über Bedarf vorhandenen Beamten belaste aber die Reichskasse aufs schwerste und mache es der Postverwaltung zur Unmöglichkeit, die von der Reparationskommission geforderte Ausgleichung von Einnahme und Ausgabe im Posthaushalt herbeizuführen. Die überflüssigen Beamtenkräfte der einen Reichsverwaltung müßten bei Dienststellen anderer Reichsverwaltungen, welche Arbeitskräfte benötigen, nutzbringende Beschäftigung finden. Meine bisherigen, heißt es dann in dem Schreiben, auch vom Reichstag unterstützten Bestrebungen, die Ueberweisung einer größeren Zahl planmäßiger Postbeamter in andere Verwaltungen zu erreichen, haben nicht zu dem gewünschten Ergebnis geführt. Schon die Zahl der Beamten, welche die Zoll- und Steuerverwaltung zu übernehmen sich bereitfinden, war im Verhältnis zu ihrem Bedarf und zu der Ueberzahl der Beamten der Postverwaltung viel zu gering. Bei der Ausführung haben dann die Dienststellen der Zoll- und Steuerverwaltung manche Schwierigkeiten verursacht, welche der Sache nicht förderlich sein konnten.

Beispielsweise werden Beamte beanstandet, welche früher Unterstützungsgesuche an ihre Verwaltung gerichtet hatten. Das Reichsarbeitsministerium indessen, worin vor einiger Zeit ein Mehrbedarf an Personal durch die Neuregelung der Abrechnung im Militärrentenwesen eintrat, hat Postbeamte, welche mit der Abrechnung befaßt waren, nicht in seinen Dienst übernommen. Auch andere Reichsbehörden haben neue Kräfte eingestellt, obwohl ihnen bekannt sein mußte, daß die Postverwaltung zur Abgabe überzähliger Beamter in der Lage ist. Da in nächster Zeit sowohl Zoll- und Steuerverwaltung, als auch das Reichsarbeitsministerium eine größere Zahl weiterer Beamtenkräfte einzustellen veranlaßt sein dürften, muß ich den größten Wert darauf legen, daß überzählige Postbeamte von diesen Verwaltungen übernommen werden. In einem anderen Schreiben weist der Reichspostminister nach, welche Schwierigkeiten man bei der Uebernahme der Postbeamten macht und wie man versucht, ihnen den Uebertritt zu verleiden.

Heute Sitzung des sächsischen Landtags über seine Auflösung.

Im Landtage soll heute die Entscheidung darüber fallen, ob das Parlament unserer engeren Heimat gemäß dem Volksbegehren an sich selbst die Prozedur der Entleibung vollziehen oder ob es warten will, bis der Wille des souveränen Volkes entscheidet. Da der Ausgang infolge der Stellungnahme der Kommunisten, die in ihrer bestimmten und vorbehaltlosen Fassung keinen Umfall offen läßt, von vornherein in dem Sinne gesichert ist, daß der Landtag dem Volksbegehren stattgibt und sich selbst auflöst, es also nicht erst zum Volksentscheid kommen läßt, so entbehrt die Lage des spannenden Reizes, welchen sie durch eine Ungewißheit des Ergebnisses der Abstimmung erhalten würde. Gleichwohl ist es kein alltäglicher parlamentarischer Vorgang, welcher sich heute im Landtage abspielen wird, sondern die Reihe der Ereignisse und Entwicklungen, welche im Verlaufe der innerpolitischen Kämpfe bis zu dem jetzigen Wendepunkt vorübergezogen ist, bietet mannigfache Begleiterscheinungen und Zusammenhänge von hohem Interesse.

Zunächst wird heute über den sozialdemokratischen Antrag auf Einführung einer befristeten Landtagsauflösung beraten und beschlossen werden. Dieser Antrag bedeutet eine Verfassungsänderung, der zu seiner Annahme bekanntlich eine Zweidrittelmehrheit braucht. Da außer den Rechtsparteien auch die Kommunisten bestimmt gegen den Antrag stimmen werden, so werden die beiden sozialdemokratischen Regierungsparteien mit ihrem Antrag allein stehen. Der Landesvorstand und die Landtagsfraktion der Kommunisten haben sich inzwischen erneut mit der Frage der Landtagsauflösung und der Verfassungsänderung befaßt und beschlossen, am 23. August für die Auflösung des Landtages und gleichzeitig gegen den Antrag der Sozialdemokratie auf Verfassungsänderung zu stimmen. Damit erscheint nicht nur die Auflösung des Landtags, sondern auch die Ablehnung des sozialistischen Antrags sicher zu sein.

Mag es nun zur Auflösung kommen oder nicht, mögen die Neuwahlen wieder das gleiche Stimmenverhälnis oder eine geringfügige Verschiebung nach rechts oder links ergeben, das eine bleibt bestehen: nur eine Regierung, welche nach wirklich demokratischen Grundsätzen handelt, kann die Gegensätze in der sächsischen Bevölkerung überbrücken und dem Lande den inneren Frieden sichern, die erste Voraussetzung für die Wohlfahrt aller Klassen des Volkes.

Wie Sachsen zu sparen gedenkt.

Eine Personalausgleichs- und Wohnungsvermittlungsstelle.

Von der Nachrichtenstelle der sächsischen Staatskanzlei wird uns geschrieben: Nachdem vom Gesamtministerium gelegentlich der Beratungen über Maßnahmen zur Vereinfachung und Verbilligung der Staatsverwaltung die Errichtung einer Personalausgleichsstelle gutgeheißen worden war, ist nach Abschluß der hierüber unter den Ressorts gepflogenen Verhandlungen diese Stelle am 1. August 1922 beim Ministerium des Innern, 1. Abteilung, ins Leben gerufen worden. Sie führt, da ihr gleichzeitig die Aufgaben der schon seit einiger Zeit in Aussicht genommenen staatlichen Stelle für die Vermittlung von Beamtenwohnungen übertragen worden sind, die Bezeichnung: Personalausgleichs- und Wohnungsvermittlungsstelle. Aufgabe der Stelle, die sich über sämtliche Zweige der Staatsverwaltung erstreckt, ist, vornehmlich der Verbilligung der Verwaltung dadurch zu dienen, daß sie Beamte, Behördenangestellte und Verwaltungsarbeiter, welche an ihrem bisherigen Platze für entbehrlich erklärt werden, im Falle des Bedarfs in geeigneten anderen Arbeitsstellen der Staatsverwaltung unterbringt, somit also ausgleichend wirkt und die Neueinstellung hierdurch entbehrlich werdender Kräfte verhütet. In gleicher Weise hat sie durch ihre Tätigkeit in der Vermittlung von Beamtenwohnungen dafür zu sorgen, daß im Falle von Versetzungen usw. durch Ergründung geeigneter Tauschmöglichkeiten, die Zahlung von Entschädigungen, Unterhaltszuschüssen usw. auf ein der schwierigen Finanzlage des Staates Rechnung tragendes Maß herabgemindert wird.

Kleine politische Meldungen.

Die Reparationsberatungen im Reichsfinanzministerium zwischen den Delegierten der Reparationskommission Bradbury und Mauclere einerseits und dem Reichsfinanzminister Dr. Hermes und Staatssekretär Bergmann andererseits werden vertraulich geführt. Die deutsche Presse hält deshalb mit Recht mit Mutmaßungen und Kommentaren zurück. Um so mehr bemühen sich französische und englische Zeitungen, den Schleier vorzeitig zu lüften. Die deutsche öffentliche Meinung, welche gewiß keine übertriebenen Hoffnungen an diese Verhandlungen knüpft, wird gut tun, sich ebenso wie vor unbegründetem Optimismus auch vor falschem Pessimismus zu hüten.

Die eingestellten Zwangsmaßnahmen. Seit Montag früh sind neue Ausgewiesenentransporte in Baden nicht eingetroffen. Die Straßburger Neue Zeitung meldet, daß der Oberkommissar die Vollstreckung von 410 Ausweisungsdekreten ausgesetzt hat, dagegen die tägliche Anmeldepflicht der Deutschen bei den Polizeibehörden bis vorläufig 30. September begrenzt hat.

Ein allgemeines Altersgesetz für Beamte? Am kommenden Freitag wird, wie eine Korrespondenz meldet, im Reichsministerium des Innern vormittags eine Besprechung mit sämtlichen Beamtenorganisationen und am Nachmittag mit sämtlichen Länderregierungen stattfinden, deren Gegenstand der Erlaß eines Reichsgesetzes über die Einführung einer Altersgrenze für Beamte sein wird. Man denkt daran, zu erörtern, ob im Reiche ein ähnliches Altersgrenzengesetz für Beamte des Reiches geschaffen werden soll wie in Preußen, und ob bei dieser Gelegenheit Richtlinien für ein gleichmäßiges Vorgehen der Länder in dieser Richtung geschaffen werden könnte.

Memel will Freistaat werden. Die litauische Regierung hat in einer Note an die Botschafterkonferenz die Einverleibung des Memelgebietes in den litauischen Staat verlangt. Die überwältigende Mehrheit der Bewohner des Memellandes lehnt aber den Anschluß ab und wünscht, nach dem Vorbilde Danzigs Freistaat zu werden. Man sollte annehmen, daß endlich die Alliierten einmal ernst machen mit der Anerkennung des Selbstbestimmungsrechts der Nationen und die üble Methode aufgeben, nach welcher sie Völker wie Figuren